



Wuppertal Institut
für Klima, Umwelt, Energie
GmbH

Die Vergangenheit der Zukunft? Gerechtigkeitslücken in der sich transformierenden Stadt.

Vortrag von Dr. Ralf Schüle,
Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie
beim

Zukunft Bau-Kongress 2014: Innovation und Baukultur
am 13./14.05.2014 in Bonn

Veranstalter:
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

Die Vergangenheit der Zukunft?

Gerechtigkeitslücken in der sich transformierenden Stadt.

Ralf Schüle

1. Einleitung

Ursprünglich bin ich gebeten worden, auf dieser Tagung zum Thema Zukunftsgerechtigkeit einen Impuls zu geben. Ich habe das Thema allerdings etwas anders nuanciert - und es vor allen Dingen auf die Erfahrungen bezogen, die ich in den letzten Jahren mit verschiedenen Projekten zum Klimaschutz und der Energiewende in Städten machen konnte.

Der jetzige Titel ist natürlich provokant. Er soll allerdings daran erinnern, dass unsere sich permanent ändernde und sich wandelnde Gesellschaft auch ein Versprechen in sich trägt: nämlich zu einer gerechteren, zu einer sozial ausgewogeneren Gesellschaft zu führen. Ich möchte an dieser Stelle ausloten, ob dieses Versprechen noch eingelöst werden kann und ob Bedingungen geschaffen werden können, dieses Versprechen immer wieder zu erneuern. Das Brennglas richte ich dabei auf den Aspekt der Umweltgerechtigkeit an der Schnittstelle zur sozialen Gerechtigkeit.

Was meine ich mit der Vergangenheit der Zukunft? Ich muss konstatieren - und das ist gleichzeitig der zentrale Gedanke dieses Beitrags - dass die Gerechtigkeitsversprechen der Moderne zusammen mit der Gesellschaft, aus der diese Versprechen entwickelt worden ist, sich in einer weitreichenden Phase der Veränderung befinden. Ich würde sogar so weit gehen zu sagen, dass diese Gerechtigkeitsversprechen im Kontext der großen gesellschaftlichen Transformationen neu ausbuchstabiert werden müssen. Dies umfasst Gerechtigkeit im Sinne einer demokratischen Teilhabe, im Sinne eines Zugangs zu gesellschaftlich wichtigen Ressourcen, aber auch Gerechtigkeit in einer mehrgenerationalen Perspektive.

Ich möchte nur einen Aspekt hervorheben: die Gerechtigkeit im Sinne einer Chance des Zugangs zu gesellschaftlich wichtigen Ressourcen, also zu Einkommen, Bildung, Kultur, sozialer Status, Lebensqualität. Machtverhältnisse, so das Versprechen, sollten so austariert werden können, dass das Abfallen und die Ausgrenzung bestimmter gesellschaftlicher Schichten wenn nicht verhindert so doch aufgefangen werden kann. Es ist in der historischen Perspektive kein Zufall, dass das Buch der nivellierten Mittelstandsgesellschaft (Helmut Schelsky) in Deutschland entstanden ist: es ist das Bild einer klassenlosen Gesellschaft, in der soziale Unterschiede auf ein Minimum reduziert sind. Das Bild war übrigens bereits in der Zeit seines Erscheinens in den 1950ern ein Mythos, aber das Versprechen hat als gesellschaftliches Gerechtigkeitsversprechen eine sehr lange Zeit getragen, denn: Durch wirtschaftliches Wachstum, so die Vorstellung, besteht die Möglichkeit, gesellschaftlich nicht erwünschte Prozesse finanziell abzufedern oder Kompensationen bereit zustellen. Das war auch für die Nachkriegszeit lange Zeit das zentrale wohlfahrtsstaatliche Motiv: Wachstum schafft Entwicklung UND soziale Sicherung. Dieser lange tragende gesellschaftliche Konsens ist indes brüchig geworden, brüchig, weil seit vielen Jahren das ökonomische Wachstum ausbleibt, ein solches Modell zu tragen, brüchig, weil auch die Finanzierungsmöglichkeiten wohlfahrtsstaatlicher Kompensationen zunehmend eingeschränkt werden, brüchig, weil auch und insbesondere die Umweltressourcen für ein solches stetig wachsendes Modell nicht mehr bestehen. Dazu unten mehr.

Die Agenda 2010 und der Wandel des Wohlfahrtsstaates in der letzten Dekade sind hier eher als Symptom denn als Ursache zu sehen, trotzdem ist sehr auffällig, dass Gerechtigkeitsaspekte und Gerechtigkeitsbilder im heutigen politischen Diskurs sowohl um den Wohlfahrtsstaat als auch um die nationale Energiewende gegenwärtig nur eine sehr untergeordnete Rolle spielen. Gerechtigkeit, so der vorherrschende Diskurs, wird leistungsorientiert begriffen. Nur die, die leisten, erfahren den ihnen zukommenden Wohlstand. Der Rest ist Motivation zur Selbsthilfe.

2. Das bauliche Versprechen

Das Gerechtigkeitsversprechen der Moderne zeigte sich auch eindrucksvoll in industrie- und baugeschichtlichen Utopien. Ich möchte da z.B. auf eine Utopie verweisen, die in den 1920er und 1930ern des letzten Jahrhunderts auch baulich ihren Niederschlag gefunden hat: Ein Synonym hierfür sind die Wohnungsbauprogramme im „roten Wien“ oder Siedlungen wie die Margarethenhöhe in Essen, denn auch mit dem frühen Industriekapitalismus gab es das Versprechen, die sozialen Bedingungen der Arbeiter in den Fabriken deutlich zu verbessern. Industrieunternehmen investierten in das Umfeld, das sie verschmutzten, bauten Wohnsiedlungen, schafften Bedingungen für ein funktionierendes soziales Gefüge in den Arbeitermilieus. Später zeigten sich Stadtregierungen hierfür verantwortlich, entweder selber zu inventieren wie in Wien oder genossenschaftliches Bauen zu ermöglichen.

Ein anderes Beispiel ist der soziale Wohnungsbau im Westdeutschland der 1960er und 1970er. Dieser ist zuallererst mit dem Aufbau des Wohlfahrtsstaates im Deutschland der Nachkriegsjahre verknüpft - unter der Voraussetzung einer stetig weiter wachsenden Gesellschaft. Wie die Arbeitersiedlungen ihrer Zeit haben auch diese Quartiere ihre baukulturellen Spuren in den Städten hinterlassen. Sie machen indes einen Großteil der Gebäude und Quartiere aus, die jetzt vor einer großen Modernisierungsherausforderung stehen - sozial und baulich. Aber auch in diesen Quartieren hatte der korporatistische Wohlfahrtsstaat ein staatliches Versprechen der sozialen Abfederung gegeben, eine Unterstützung, preisgünstigen Wohnraum auch in innerstädtischen Quartieren für Familien und soziale Gruppen mit geringem Einkommen bereit zu stellen. Die Bedingung hierzu war, wie bereits genannt, stetiges ökonomisches Wachstum der Gesellschaft. Im Nachhinein wissen wir um den „kurzen Traum immerwährender Prosperität“ (Burkhard Lutz), dessen ökonomische Folgen und Krisen den Wohlfahrtsstaat an die Grenze der Finanzierungsfähigkeit geführt haben.

Was sind die Ursachen, dass dieses Versprechen auf eine gerechte Zukunft der Vergangenheit angehört?

3. Gerechtigkeitsbilder

Ich möchte auf die globale Dimension von Gerechtigkeit zu Sprechen kommen und Sie in diesem Zusammenhang kurz in die internationale Klimaschutzdebatte entführen, in der es seit langem einen lebendigen - und politisch teilweise sehr blockierenden Diskurs um Gerechtigkeit geht.

Hier gibt es die von Entwicklungs- und Schwellenländern vertretene Interpretation von Gerechtigkeit, die sich an den Emissionen misst, die die Industrieländer seit Beginn der Industrialisierung Mitte des vorletzten Jahrhunderts emittiert haben. Deren Wirkungen wurden im jüngsten IPCC-Bericht noch einmal unlängst in dramatischer Weise zusammengeführt. Sie sind der Spiegel einer sich ständig transformierenden, aber auf der Verbrennung fossiler Energien ruhenden Gesellschaft, die eine ungeheure Entwicklungsdynamik mit dem bereits genannten Versprechen freisetzte, Wachstum und Entwicklung führe in eine wohlhabende und gerechtere Gesellschaft.

Auch aus einer Analyse der heutigen pro Kopf Verteilung der Emissionen wird deutlich, wie sehr die Industrienationen eine historische Verantwortung tragen, denn diese liegen in Deutschland gegenwärtig bei ca. 9 t CO₂ pro Jahr, in den USA bei 17 t, in China bei 6 t und in Indien bei 1,5 t - und dies, ohne die gesamten Vorketten in die Berechnung aufzunehmen, also die Emissionen, die in Entwicklungs- und Schwellenländern entstehen, damit unser Lebensstil gestillt werden kann.

Eine gerechte Verteilung der Emissionen im globalen Maßstab, so eine logische Argumentationslinie vieler Entwicklungs- und Schwellenländer, kann daher nur möglich sein, wenn die Industrieländer aufgrund ihres historisch bereits aufgebrauchten Emissionsbudgets radikale Emissionsminderungen einleiten. Der Schlüssel der Umsetzung dieses Gerechtigkeitsprinzips liegt zum einen im Gelingen internationaler Verhandlungen - zum anderen in den Entwicklungsperspektiven innerhalb der Industrieländer selber.

4. Entgegenlaufende Trends

Aber auch in den Industrieländern erschweren sich die Bedingungen für gerechte Entwicklungschancen gerade sehr. Ich möchte hier auf nur wenige Aspekte zu sprechen kommen:

(1) Wir können in Deutschland gegenwärtig große räumliche Disparitäten zwischen boomenden Metropolregionen und schrumpfende Räumen beobachten. In beiden Typen von Räumen stellt sich die Frage des Aufbaus einer gerechteren Stadt grundlegend anders:

Ich beginne mit den wachsenden Metropolregionen: Wir alle wissen um die dort immens gestiegenen Immobilienpreise. Für mich ist der Kö-Bogen in Düsseldorf das Symbol einer solchen fortschreitenden Metropolisierung, verknüpft mit privaten Wohnungsbauprojekten im hochpreisigen Bereich, die weniger einkommensstarke Gruppen weiter in weniger attraktive Randbezirke oder gar in die umliegende Region drängen. Ballung, so wissen wir, erzeugt immer weitere Ballung und aus diesen wenigen Inseln des Wachstums werden nur sehr wenig Aktivitäten deutlich, die negativen Begleiteffekte der Entwicklungen auf den Immobilien- und Wohnungsmärkten ernsthaft abzumildern. Wahrscheinlich können die Städte es auch gar nicht mehr, aber ich empfinde es als politisch sensibilisierter Wissenschaftler sehr schmerzlich, dass es keinen Diskurs darüber gibt, wie eine Stadt oder

eine Region gerechter werden kann trotz dieser offensichtlich wenig nachhaltigen Entwicklungen. Meine Mutmaßung: es trifft die, die kaum sich zu artikulieren in der Lage sind.

In schrumpfenden Regionen sind die Bedingungen für eine zukünftig gerechtere Entwicklung grundlegend anders: Können die EinwohnerInnen dieser Regionen auch künftig Arbeitsplätze vor Ort finden? Ist gewährleistet, dass basale soziale und gesundheitliche Infrastrukturen, aber auch technische Infrastrukturen in bestehenden Quartieren gehalten werden können? Es zählt für mich der Bericht zum Masterplan Daseinsvorsorge im Kreis Nordfriesland zu den eindrücklichsten Dokumenten, in welcher Weise demografischer Wandel, der Rückbau sozialer Infrastruktur, das drohende Einbrechen der Immobilienmärkte und die Möglichkeiten einer energetischen Modernisierung potenziell eine Negativspirale auslösen können, die die Lebensbedingungen in den betroffenen Regionen sehr verändern.¹ Wie kann ein unabwendbarer Rückbau in Quartieren sozial verträglich gestaltet werden, ohne die Menschen, die dort wohnen bleiben, in ihren Lebenschancen einzuschränken. Der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes aus dem vorletzten Jahr identifiziert die Gefährdungslagen zwischen Gelsenkirchen und der Stadt Frankfurt/Oder auf der einen Seite, aber auch zwischen Hamburg und München auf der anderen sehr eindringlich. Die deutliche Aussage: die Armutsgefährdungen in Deutschland haben sich in den letzten Jahren eher vergrößert als verringert.²

(2) Das Gefälle setzt sich aber auch in kleinräumigen Maßstab innerhalb der Regionen weiter fort. Vielleicht liegen die eindringlichsten Beispiele im Ruhrgebiet, wo in allen Großstädten ein sehr deutliches Süd-Nord Gefälle besteht, im Süden die zumeist attraktiven Wohnlagen von Essen-Baldeney bis Bochum-Kernade, im Norden die vormals altindustriellen Standorte mit immensen Strukturproblemen und Erneuerungsbedarfen wie Essen-Altendorf, Gelsenkirchen-Westerhold oder die Dortmunder Nordstadt. Nennen möchte ich jedoch das Beispiel der Stadt Hamburg mit ihrem vorbildlichen System von Nachhaltigkeitsindikatoren: Es zeigt eindringlich, dass sich der Abstand der zehn reichsten und ärmsten Stadtteile in der Stadt (gemessen an der Quote der Sozialhilfe- und ALG II-EmpfängerInnen und der Arbeitslosigkeit) sich seit Jahren eher vergrößert als verringert. Dies ist nicht nur Indikator für eine soziale Segregation innerhalb einer Stadt sondern auch für eine räumliche Segmentierung der Stadtgesellschaft. Das für mich verstörende ist weiterhin, wie wenig sich Gerechtigkeitsverständnisse jenseits der leistungsorientierten Gerechtigkeit im politischen Diskurs artikulieren können.

¹ <http://www.nordfriesland.de/Kreis-Verwaltung/Projekte-Initiativen/Masterplan-Daseinsvorsorge>
(letzter Zugriff: 12.05.2014)

² http://www.der-paritaetische.de/index.php?eID=tx_nawsecured1&u=0&g=0&t=1400591949&hash=d30a16bc7b5dbe96d50319305de7466cf745a6de&file=fileadmin/dokumente/2012Armutsbericht/a4_armutsbericht-2012_web.pdf
siehe auch: http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen-DinA4/a334-4-armuts-reichtumsbericht-2013.pdf?__blob=publicationFile (letzter Zugriff: 12.05.2014)

5. Energie

Ich möchte vor diesem Hintergrund auf die Energiewende zu sprechen kommen und eine Verknüpfung der internationalen Diskussion mit den nationalen Rahmenbedingungen vornehmen.

Erst einmal ist festzuhalten, dass Energie nur ein zusätzliches Momentum ist, sie ist zwar eine wichtige Variable der gesellschaftlichen Transformation aber erst einmal keine bedingende.

Baukulturell spielte die Energieversorgung über Jahrzehnte keine nennenswerte Rolle und es dauerte über vier Jahre nach der ersten Ölkrise 1973, bis erste energetische Richtlinien in Gesetzesform gegossen worden sind. Kontinuierlich setzt sich seitdem der Prozess der Modernisierung fort. In sechs Jahren werden wir im Neubau Gebäude haben, die Passivhausstandard haben, wissend, dass technisch bereits das Plusenergiehaus möglich ist. Bis dahin werden sich auch die Energieinfrastrukturen weiter verändert haben, weil ich glaube, dass trotz der politischen Widerstände um das EEG und der großen Stromtrassen der Prozess der weiteren Dezentralisierung, Flexibilisierung der Strom- und Wärmeversorgung nicht aufzuhalten ist.

Trotzdem bleibt die Energie und die Energieversorgung, so mein Eindruck, baukulturell ein Randthema, ein ungeliebtes Kind, da es aus meiner Sicht eher als eine restringierende als eine ermöglichende Bedingung begriffen wird. Die furchtbaren Polarisierungen zwischen den GralshüterInnen der Baukultur auf der einen und den energetischen ModernisiererInnen auf spiegeln dies immer wieder neu. Wir wissen jedoch, dass die Diskussion indes woanders steht.

Dem Prozess der Steigerung der Energiepreise und der energetischen Modernisierung liegt jedoch leider eine tiefe Ambivalenz inne, denn: es besteht die Gefahr, dass auch hier Aspekte der Gerechtigkeit außer Acht gelassen werden.

Dazu möchte ich zwei Beispiele aufführen:

(1) Zum einen haben wir einen steigenden Anteil von Menschen, die in eine sog. Energiearmut fallen, d.h. Menschen und Haushalte, die mehr als zehn Prozent ihres Einkommens für den Ankauf von Energie aufwenden müssen. Möglicherweise sind jedoch Menschen und Haushalte stärker betroffen, die knapp über dieser Grenze liegen und durch ihre aufzuwendenden Energiekosten unterhalb dieses Limits fallen. Es kann nicht die Strategie sein, diesen Prozess mit sog. Sozialtarifen zu begegnen, da diese nur geringen Anreiz zum Energiesparen geben. Aber was die Erfahrung ist: Die Energiewende kommt an soziale Grenzen, die behutsam abgefedert werden müssen. Sie verschärft an diesem Punkt ohnehin laufende Prozesse der sozialen Segregation - nicht nur im Strombereich sondern auch und vermehrt im Wärmebereich.

(2) Auch in energetisch sanierten Quartieren kann die Beobachtung gemacht werden, dass diese potenziell zu einer Veränderung der MieterInnenstruktur führt, wie der Rat für nachhaltige Entwicklung warnt.³ Mieten werden erhöht und die angestammte Mieterschaft muss sich möglicherweise andere Wohnungen suchen. Es gibt allerdings auch Beispiele in denen dies vorbildlich gesteuert worden ist und durch ein vorbildliches Modernisierungsmanagement von Wohnungsgesellschaften abgefedert worden ist.

Vor dem Hintergrund der internationalen Dimension von Gerechtigkeit ist es nicht vorstellbar, dass unsere Gesellschaft weiter auf einem fossilen Pfad verbleibt - allerdings haben wir an zwei kleinen Beispielen gesehen, wie sehr die nationale Energiewende mit der Sozialstruktur unserer Gesellschaft verwoben ist. Selbst wenn es gelingt, in einer Stadt eine vermeintliche CO₂-Freiheit zu erreichen, bleiben die gesamten Vorleistungen, die erbracht werden müssen, um ein funktionierendes Stadtgefüge zu gewährleisten, also die in globalen Märkten erstellten Waren, die Transportwege etc. gleichsam ausgeklammert. Daher bleiben alle Anstrengungen einer CO₂-Freiheit auf der einen Seite ein notwendiger Aspekt lokaler Stadtpolitik, sie sind Teil einer Sozialpolitik, die verhindert, dass mit den steigenden Energiekosten auch die Anteile des Haushaltseinkommens steigen, die für Energieaufgebracht werden können. Auf der anderen Seite ist immer auch kritisch zu beleuchten, in welcher Weise die Systemgrenze für die erreichte CO₂-Freiheit gezogen wird. Ich möchte wiederholen und vielleicht ist das eine sehr ungewöhnliche Wendung, die mein Impuls nimmt: eine forcierte Energiewende ist auch ein wichtiges sozialpolitisches Instrument, um den Folgewirkungen erhöhter Energiepreise zu begegnen. An dieser Schnittstelle von Umwelt- bzw. Energie und Sozialpolitik möchte ich auf einige Ansatzpunkte für ein neues Gerechtigkeitsverständnis kommen:

(6) Ansatzpunkte

Die beschriebenen Prozesse deuten eher auf eine zunehmende Divergenz, ein weiteres Auseinanderfallen von Regionen und innerhalb dieser Regionen auf ein Auseinanderfallen einzelner Quartiere hin. Diese Prozesse werden bereits seit langen von internationalen Stadtforschern wie Saskia Sassen oder Margit Mayer beschrieben. Zusammen mit den geringer werdenden finanziellen Handlungsmöglichkeiten öffentlicher Haushalte wird es immer schwerer, das Gerechtigkeitsversprechen der Moderne aufrecht zu erhalten.

Möglicherweise ist es ein Indiz einer Krise, dass wir noch nicht in der Lage sind, angesichts dieser massiven Veränderungen, deren Zeugen und Agenten wir sind, ein neues zeitgemäßes Gerechtigkeitsverständnis zu entwickeln, ein neues Versprechen für die Zukunft.

Ich möchte einige kleinere Ansatzpunkte für ein erneuertes Gerechtigkeitsversprechen nennen:

(1) Auch aus einer Gerechtigkeitsperspektive sind erst einmal Innovationen, auch und vor allen Dingen technische Innovationen, sehr zu begrüßen. Die Veranstaltung heute und morgen dokumentiert eine Vielzahl davon in Auseinandersetzung mit baukulturellen Aspekten. Smart Meter ermöglichen eine Selbstkontrolle des Energieverbrauchs, technische Innovationen und deren Diffusion haben dazu beigetragen, den Energieverbrauch z.B.

³ <http://www.nachhaltigkeitsrat.de/news-nachhaltigkeit/2014/2014-02-13/die-soziale-seite-der-energie-wende/> (letzter Zugriff: 12.05.2014)

privater Haushalte deutlich zu senken, virtuelle Kraftwerke mit neuen Speichertechnologien sind so unendlich flexibler als die fossilen zentralen Versorgungsanlagen.

Aus einer Gerechtigkeitsperspektive sind allerdings nicht nur radikale oder inkrementelle Innovationen notwendig, sondern auch institutionelle Innovationen, die die sozial selektiven Wirkungen der Energiewende behutsam abmildern: dies bedeutet, einen Weg zu finden zwischen der Investitionsbereitschaft von EigentümerInnen und sozialen Interessen des Erhalts bestehender Sozialstrukturen. Die Morgenstadt der Fraunhofer Gesellschaft kommt mir da manchmal ein bisschen wie ein technisches Glasperlenspiel vor, in dem eine tiefe soziologische Einsicht nicht angemessen anerkannt wird: dass Klimaschutz ein sozialer Prozess ist und als solcher auch gestaltet werden muss.

(2) Jenseits der Innovationen im Bauen und in der Baukultur benötigen wir Bilder urbanen Lebens für eine gerechtere, nachhaltigere Stadt -und Regionalentwicklung für die kommenden Dekaden. Wie sieht eine solche Stadt aus, wie wird dort gelebt, gewohnt, gearbeitet oder sich (fort-)bewegt? Das Ringen um positive Visionen urbanen oder ländlichen Lebens, oder wie man heute sagt: um Narrative der Zukunftsentwicklung, ist daher ein wichtiger Ansatzpunkt, die soziale Akzeptanz auch für die lokale Energiewende zu schaffen und eine tragende Umsetzungskultur zu gestalten. Die Stoßkraft, die allein die Vision des „Blauen Himmels über der Ruhr“ (Willy Brandt) seit Anfang der 1960er Jahre entfaltete, kann hierfür als Vorbild dienen, auch wenn dies mit einem sehr massiven ökonomischen Strukturwandel einherging. Die Beispiele anspruchsvoller integrierter Stadtentwicklungskonzepte wie in Kiel, Leipzig, Ludwigsburg, Plauen, Schwerin, Speyer, Stuttgart, aber auch das in Entwicklung befindliche Konzept der Innovation City Ruhr der Stadt Bottrop zeigen die Möglichkeiten bereits existierender Instrumente auf, die räumliche und städtebauliche Entwicklung mit der sozialen und infrastrukturellen Entwicklung einer Kommune in positiven Visionen zu verschneiden. Es steht allerdings aus, dies für eine realisierte nachhaltige und gerechte Stadt auch baulich und baukulturell mutig weiter auszuformulieren.

(3) Desweiteren ist in unseren Breitengraden eine nachhaltige und gerechte Stadt nur als prozedural gerechte Stadt vorstellbar, oder wie Ortwin Renn sagen würde: dass BürgerInnen eine faire Chance haben an wichtigen Entscheidungsprozessen zu partizipieren. Klaus Selle hat vor kurzem einen für mich lehrreichen Text geschrieben, dass beides - zu wenig und zu viel Partizipation - kaum wünschbar für die zukünftige Gestaltung von Städten und Regionen ist. Für ersteres steht das Beispiel des Wuppertaler Döppersbergs, ein beeindruckendes städtebauliches Projekt im HBF-Bereich von Wuppertal. Dort wird ein zentrales Infrastrukturprojekt ohne die an die Bürgerschaft gerichtete Frage umgesetzt, in welche Richtung sich eine sehr schrumpfende Stadt (und Region) sich entwickeln und in welche Zukunft sich die Stadt und die Region bewegen möchte. Für letzteres steht das bekannte Beispiel des Stuttgarter Bahnhofs: verfehlte Kommunikation und Intransparenz haben zu einer nie geahnten Mobilisierung der Bürgerschaft geführt, die letztendlich das gesamte Projekt in Frage gestellt haben. Ein neues inhaltliches Gerechtigkeitsverständnis benötigt daher auch tragfähige und faire verfahren der Entscheidungsfindung, die den formalen demokratischen Partizipationsmöglichkeiten vorgelagert sind.

(4) Energie- oder allgemeiner formuliert - die Umweltgerechtigkeit ist von einem solchen Versprechen nicht zu trennen. Aus einer energetischen Perspektive ist dies zwar einfach

benannt - die Masse der sanierungsbedürftigen Nachkriegsgebäude eindämmen, baukulturell bedeutsame Gebäude aus ihrem Wesen heraus von innen und außen behutsam modernisieren, zur Not über die Versorgungsinfrastruktur usw., den Neubau energetisch anspruchsvoll bauen, allerdings nicht nur, in dem die Spitzensegmente bedient werden, sondern, sondern auch erschwinglicher Wohnraum in guten Lagen geschaffen wird. Es gibt eine Reihe von Arbeiten, die entsprechende differenzierte Modernisierungspläne für den Gebäudebereich enthalten.⁴

Der WBGU - der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen hat 2011 einen neuen „Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ zur nachhaltigen Gesellschaft angeregt.⁵ Dem Klimaschutz und der Erhaltung natürlicher Ressourcen weist dieser dabei eine besondere Rolle zu. Drei zentrale Transformationsfelder identifiziert das Gutachten: Energie, Urbanisierung und Landnutzung. Auch wenn sie sehr abstrakt erscheinen, möchte ich mit den zentralen Kriterien und Herausforderungen schließen, die die VerfasserInnen des Gutachtens für die Entwicklung eines neuen, weltweiten Gesellschaftsvertrags formulierten. Sie sind etwas anders nuanciert auch die Bestandteile dessen, was auch in Deutschland die Grundlagen einer politischen Diskussion sein sollten, um Zukunftsfähigkeit und - jetzt verwende ich den Begriff doch: Zukunftsgerechtigkeit zu wahren. Ich drücke dies in meinen Worten aus: Einbeziehen internationaler Rahmenbedingungen in nationale Diskurse, Entwicklung sozialer Ausgleichsmechanismen, Berücksichtigung natürlicher Ressourcen und schließlich: Einbeziehung der selbstorganisierten Zivilgesellschaft und der wissenschaftlichen ExpertInnengemeinschaft. Erst mit diesen Ingedenzen kann ein Bild zukünftiger Gerechtigkeit überhaupt erst entstehen, können Gerechtigkeitslücken der sich transformierenden Stadt überhaupt erst identifiziert und Ansätze gefunden werden, diese stetig zu verringern.

Wuppertal, 12.05.2014
Ralf Schüle

⁴ Stellvertretend für viele: https://www.ifeu.de/energie/pdf/Fahrplan_Energiewende_EZ.pdf (letzter Zugriff: 12.05.2014)

⁵ http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011_zfE.pdf (letzter Zugriff: 12.05.2014)